

KENIA

ANKE LERCH

LANDESBEAUFTRAGTE DER KAS
FÜR KENIA UND TANSANIA

Oktober 2008

www.kas.de

Politische Parteien in Kenia

Politische Rahmenbedingungen

Kenia ist eine klassische Präsidialdemokratie. Der Präsident wird vom Volk direkt gewählt und ist laut geltender Verfassung Chef der Regierung, der die Richtlinien der Politik bestimmt und der das Kabinett ernennt, das aus Mitgliedern des Parlaments besteht und vom Parlament bestätigt werden muss.

Der Präsident wird für einen Zeitraum von fünf Jahren gewählt und seine Amtszeit ist auf zwei Wahlperioden beschränkt. Gewählt ist der Kandidat der die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann, mit der zusätzlichen Bedingung, dass der Kandidat in mindestens fünf der sieben Provinzen und des Nairobi-Gebiets 25% oder mehr der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen ist nur vorgesehen, wenn keiner der Kandidaten diese zusätzliche Bedingung erfüllt. Dieser Fall ist bisher jedoch noch nie eingetreten.

Nach den Unruhen des Frühjahrs 2008 im Anschluss an die Wahlen von Ende Dezember 2007 wurde im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen zur Regierungsbildung die Einrichtung des Postens eines Premierministers vereinbart, der bisher in der derzeit gültigen Verfassung noch nicht vorgesehen ist. Es ist bisher auch nicht endgültig geklärt, welche Befugnisse dieser Premierminister haben soll. Zur Zeit wird er als Kopf der Regierung bezeichnet, jedoch hat auch der Staatspräsident

klargestellt, dass er nicht nur die Aufgabe eines Staatsoberhauptes wahrneime sondern auch exekutive Rechte für sich beansprucht. Die andauernden Beratungen über eine Verfassungsreform werden in diesem Punkt erst Klarheit schaffen müssen.

Parlamentswahlen finden ebenfalls alle fünf Jahre statt, so dass seit der Unabhängigkeit Kenias Präsidentschafts- und Parlamentswahlen immer am gleichen Tag stattfanden.

Das Wahlverfahren für das Ein-Kammer-Parlament ist ein reines Mehrheitswahlrecht. Gewählt ist der Abgeordnete, der in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann. 210 Parlamentsmitglieder werden auf diese Weise gewählt, weitere 12 Abgeordnete werden vom Präsidenten ernannt. Diese Ernennung erfolgt proportional nach dem Stimmenanteil der im Parlament vertretenen Parteien auf deren Vorschlag. Außerdem sind noch der Generalstaatsanwalt und der Parlamentspräsident qua Amt Mitglieder des Parlaments.

Kandidaten müssen von einer Partei nominiert worden sein, die Kandidatur unabhängiger Bewerber ist nicht möglich. Tritt ein Abgeordneter während der Legislaturperiode aus seiner Partei aus oder wechselt er die Partei, verliert er sein Mandat. Im entsprechenden Wahlkreis findet dann eine Nachwahl statt.

KENIA

ANKE LERCH

LANDESBEAUFTRAGTE DER KAS
FÜR KENIA UND TANSANIA

Oktober 2008

www.kas.de

Die politischen Parteien treten außerhalb von Wahlen nur wenig in Erscheinung. Das Parteiensystem ist unübersichtlich und von Neugründungen und wechselnden Partei-Bündnissen und Allianzen gekennzeichnet. Zur Zeit sind weit über 100 Parteien registriert, von denen allerdings höchstens 20 außerhalb von Wahlen öffentlich in Erscheinung treten. Bei den letzten Wahlen traten 123 Parteien an, von denen 23 der Einzug ins Parlament gelang.

Rechtliche Grundlage für die Arbeit politischer Parteien ist ein Parteiengesetz, das nach langer Diskussion und Verzögerung bei der Verabschiedung und Inkraftsetzung nun seit Juli 2008 gilt. Bis dahin wurden Parteien nach dem Vereinsgesetz behandelt und registriert.

Das neue Parteiengesetz sieht auch erstmals eine Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln vor. Die Höhe der Finanzierung soll sich proportional nach der Stärke der Parteien im Parlament richten. Finanzierung durch ausländische Geber ist untersagt, Spenden ab einer festgelegten Höhe müssen veröffentlicht werden.

Für alle Parteien gilt weitgehend, dass sie nicht durch eine politische Vision oder durch gemeinsame Grundwerte bestimmt werden. Sie sind eher als Unterstützervereine für bestimmte Persönlichkeiten zu kennzeichnen. Ebenso haben ethnische und regionale Aspekte einen wichtigen Einfluss. Eine Klassifizierung nach Kriterien wie politisch links oder rechts orientiert ist daher kaum möglich. Das Parteiengesetz schreibt zwar vor, dass Parteien über ein politisches Programm verfügen müssen, dieses spielt in der Gestaltung der politischen Arbeit in der Praxis aber kaum eine Rolle.

Nach dem höchst umstrittenen Wahlausgang vom Dezember 2007, der zu gewaltsamen Unruhen im

ganzen Land führte, kam es nach wochenlangen Verhandlungen unter internationaler Vermittlung – vor allem durch den früheren UN-Generalsekretär Kofi Annan – Ende Februar 2008 zu einer gemeinsamen Regierungsbildung der beiden größten Parteiengruppierungen in einer „großen Koalition“. Grundlage der gemeinsamen Regierung ist ein ausgehandeltes Programm, das unter anderem eine Verfassungsreform – inklusive der Einrichtung des Postens eines Premierministers – vorsieht.

Diese Regierungskoalition wird weniger durch gemeinsame politische Überzeugungen zusammengehalten als durch die Einsicht in die Notwendigkeit, einen Ausweg aus der Krise zu finden, die tausenden von Kenianern das Leben gekostet hatte und zur Vertreibung von über 300.000 Menschen aus ihren Wohngebieten geführt hatte. Wie mühsam dieser Kompromiss ausgehandelt werden musste, wird aus der Größe des Kabinetts deutlich, dass aus 42 Ministern und über 50 „assistant“ Ministern besteht. Jede Partei ist peinlich genau darauf bedacht, dass ihre Gruppierung mit entsprechend großer Anzahl von Funktionsträgern in allen Ressorts vertreten ist.

Dennoch wird der Regierung eine gewisse Stabilität zugetraut. Keine der Parteien ist zurzeit an Neuwahlen interessiert, da der Ausgang höchst ungewiss wäre und zu befürchten stünde, dass dann erneut ethnische Konflikte gewaltsam ausbrechen würden. Beide großen politischen Lager sehen sich zurzeit ausreichend gut in der Regierung präsentiert. Dies verschafft auch der bei den Wahlen unterlegenen Seite eine Plattform, von der aus sie politische Popularität im Hinblick auf die nächsten Wahlen im Jahr 2012 gewinnen kann. Die Führungspersönlichkeiten aus beiden Lagern sind mit repräsentativen Posten ausges-

KENIA

ANKE LERCH

LANDESBEAUFTRAGTE DER KAS
FÜR KENIA UND TANSANIA

Oktober 2008

www.kas.de

tattet, die sich nicht aufs Spiel setzen werden, ebenso wenig wie die Parlamentsabgeordneten ihr Mandat, gelten doch die kenianischen Abgeordneten als die bestbezahlten in Afrika.

Parteiensystem

Wie viele andere Staaten in Afrika war auch Kenia bis zu Beginn der 90-er Jahre ein Ein-Parteien-Staat. – Unter dem Druck der Zivilgesellschaft, der Kirchen und dem Anwaltsverein, mehr aber noch der Internationalen Gebergemeinschaft sah sich Präsident Daniel arap Moi Ende 1991 gezwungen, den diesbezüglichen Artikel 2 a aus der Verfassung zu streichen. Er war erst 1982 eingefügt worden und hatte damals den Einparteien-Staat de jure besiegelt, der indes de facto schon zu Kenyattas Zeiten bestand. Die Streichung von Artikel 2 a öffnete den Weg zu freien und fairen Wahlen in Kenia – und zur Entstehung neuer politischer Parteien außerhalb der bisherigen Staatspartei KANU.

Bei den ersten Wahlen nach Einführung des Mehrparteiensystems im Jahr 1992 traten neben der ehemaligen Staatspartei KANU drei Oppositionsparteien an.

Zunächst war es nur die von Oginga Odinga gegründete FORD: Das *Forum for the Restoration of Democracy*, eine zur Partei umgewandelte politische Oppositiobewegung, die in den Jahren seit 1988 unabirrbar die Demokratisierung des Landes eingefordert hatte. Parteiinterne Streitigkeiten, vor allem zwischen Odinga und Kenneth Matiba, einem Kikuyu, führten schließlich zu einer Spaltung und so entstanden im Oktober 1992 zwei Parteien: FORD-Kenya für die Odinga-Faktion und FORD-Asili (die „Originale“) für die Fraktion unter Kenneth Matiba.

Mit dieser Spaltung konnten zwar die zahlenmäßig bedeutenden Kikuyu besser erreicht werden, aber die Opposition war in ihren Fundamenten geschwächt. Dabei war das Wählerlager der Kikuyu davor schon einmal geteilt worden: denn ebenfalls im Jahr 1992 – noch vor der Spaltung von FORD - baute der ehemalige Vizepräsident, zuletzt aber in Ungnade gefallene Mwai Kibaki als Vorsitzender und Präsidentschaftskandidat die *Democratic Party – DP* – auf. Dies war der erste Versuch, neben der zahlenmäßig stärksten Volksgruppe, den Kikuyus, auch andere Ethnien als Wähler zu gewinnen. –

KANU, die Regierungspartheid, war durch die Gründung der neuen Parteien zum Wahlverein von Präsident Moi unter der Dominanz der Kalenjin im Rift Valley mutiert.

Schon in dieser Phase zeigte sich, dass die Spannungen zwischen Führungspersönlichkeiten die inhaltliche Diskussion in den Parteien überlagerten und die ethnische Frage als Vehikel zur Durchsetzung von persönlichen Interessen instrumentalisiert wurde.

Nach den Wahlen 1992 sah es bis Ende 1995 danach aus, dass die drei großen Oppositionsparteien bereit schienen, sich zusammen zu schließen, mussten sie sich in diesen Jahren doch gegen etliche Angriffe aus der Moi-Administration wehren. Moi war nicht bereit, die Einführung eines Mehrparteiensystems hinzunehmen und setzte vielfältige Mittel wie Polizeieinsatz gegen Demonstrationen oder gegen die Presse ebenso ein wie den Kauf von Abgeordneten und die Anfechtung von Wahlergebnissen.

Ab Mitte 1996 begannen die wichtigsten Oppositionsparteien sich durch Spaltung selbst zu schwächen. Bei FORD-K, bis dahin eine

KENIA

ANKE LERCH

LANDESBEAUFTRAGTE DER KAS
FÜR KENIA UND TANSANIA

Oktober 2008

www.kas.de

Partei mit Vertretern aus fast allen Ethnien Kenias, wurden Neuwahlen des Vorsitzenden erforderlich. Zur Wahl stellten sich Raila Odinga, ein Luo vom Viktoriasee und Sohn des verstorbenen Parteigründers, und der bisherige Vize Michael Wamalwa, ein Angehöriger der benachbarten Luhya. Letzterer gewann, doch Raila wollte sich dem Urteil der Parteimitglieder nicht stellen. Er verließ

FORD-K und übernahm eine bis dahin „schlafende“ Partei – die noch von seinem Vater gegründete „*National Development Party – NDP*“.

Auch die zweite wichtige Oppositionspartei, FORD-A, fing an, sich aufzulösen. Der Gründer und Vorsitzende von FORD-A, Kenneth Matiba, überwarf sich mit seinem Generalsekretär Martin Shikuku und verbannte die Parteiführung aus den Büros, die schließlich sein Eigentum waren. FORD-A blieb zwar wie FORD-K erhalten, beide waren aber nur noch ein Schatten der zuvor durchaus einflussreichen Parteien. FORD-A verlor 1997 noch weitere Mitglieder, als sich die neue FORD-People von ihr abspaltete.

Bei FORD-K bewirkte der Ausstieg von Raila Odinga, dass diese Partei den größten Teil ihrer Wählerbasis verlor: Die am Viktoriasee beheimateten Luos. Und im Weiteren fingen auch weitere Abgeordnete von FORD-K an, sich nach anderen Parteien umzuschauen, ohne allerdings ihm folgen zu wollen. Übrig blieben im Wesentlichen nur noch die Luhyas in West-Kenia als Wahlvolk von FORD-K.

Parallel dazu begann die Gründungsphase vieler kleinerer Parteien, einige davon mit programmatischen Namen, wie die „Labour Party of Kenya“, die meisten eher verdeckte Interessenverbände. Der bereits im Vorfeld der ersten Wahlen erkennbare Trend der „Regionalisie-

rung“ oder „Tribalisierung“ der kenianischen Parteien hatte sich verstärkt und fortgesetzt. Lediglich Mwai Kibaki schaffte es trotz parteiinterner Kritik hinsichtlich seines schwachen Führungsstils, die Democratic Party als Ganzes zu erhalten. Er konnte sogar vom Wechsel einiger Abgeordneten profitieren.

Die Zersplitterung der Parteien brachte dann bei den Wahlen im Jahr 1997 auch das entsprechende Ergebnis. Die Anzahl der Parteien im Parlament hatte sich erhöht, die Anteile der jeweiligen Parteien sich aber verringert. Nur DP konnte ihre Position stärken - und dies war eine Voraussetzung dafür, dass sich in den folgenden Jahren die Chance bot, doch eine Koalition der Oppositionsparteien unter ihrer Führung zu formen.

Hierzu kam es jedoch erst vor der Wahl im Jahr 2002, die dann auch den Machtwechsel und das Ende der 40-jährigen Herrschaft der KANU brachte.

In einer ersten Stufe war es nach langen Verhandlungen gelungen, den größten Teil der Oppositionsparteien zur Gründung einer Koalitionspartei zu bewegen: Der „National Alliance (Party) of Kenya – NAK“. Die wichtigsten Parteien, die NAK auf den Weg brachten, waren Democratic Party , FORD-K und die National Democratic Party of Kenya – NPK.

Die Kanu-Regierung reagierte prompt: Schon im August 2001, gelang es Präsident Moi, Raila Odinga mit seiner NDP auf die Seite der Regierung zu bringen - unter dem Versprechen, ihn zum Vizepräsidenten und damit Nachfolger von Moi zu ernennen. Doch Moi, der nach zwei Wahlperioden unter dem neuen Wahlgesetz selbst nicht mehr kandidieren durfte, überlegte es sich später wieder anders und unterstützte ab Mitte 2002 Uhuru Kenyatta, den

KENIA

ANKE LERCH

LANDESBEAUFTRAGTE DER KAS
FÜR KENIA UND TANSANIA

Oktober 2008

www.kas.de

Sohn des ersten Präsidenten Kenias, bei der Wahl zum Spitzenkandidat der KANU. Raila Odinga entschied sich nur wenige Wochen vor der Wahl aus der Regierung wieder auszuscheren. Aber nicht nur er alleine, sondern im Schlepptau einer großen Anzahl so genannter „Kanu-Rebellen“. Darunter befanden sich allerdings nicht wenige ehemaliger „Falken“ von KANU, die in den ersten Jahren nach der politischen Öffnung Kenias genau diese am liebsten wieder rückgängig gemacht hätten.

Der Übertritt von Raila und den weiteren Kanu-Abgeordneten zur Koalition der Oppositionsparteien war indes entscheidend für den Zusammenschluss der wichtigsten Oppositionsparteien zu einer gemeinsamen Partei, der „National Alliance of Rainbow Coalition“: NARC, der dann auch der Wahlsieg gelang.

Diese Allianz hatte aber auch keinen längeren Bestand. Über die Diskussion um eine Reform der Verfassung kam es erneut zu einer Spaltung. Die Gruppe um Raila Odinga lehnte den von der Regierung in einem Referendum zur Abstimmung gestellten Verfassungsentwurf ab und scherte aus der Regierung aus. Benannt nach dem Symbol für „Nein“ zum Verfassungsentwurf, einer Orange, bildete sich unter seiner Führung das „Orange Democratic Movement – ODM“, eine politische Bewegung, der sich vor allem die KANU anschloss. Die Bewegung wurde im September 2006 unter dem Namen ODM-Kenya auch als Partei gegründet.

Durch die Entstehung von ODM, der große Aufmerksamkeit in den Medien gewidmet war, sahen sich auch die der Regierung nahe stehenden Abgeordneten gezwungen, zu reagieren. Im Februar 2006 wurde beschlossen, eine neue Partei zu gründen, die offen für Mitglieder aus

allen anderen Parteien sein wollte. Hauptmotiv, nicht einfach die bisherige Democratic Party aufleben zu lassen, war, eine Partei ins Leben zu rufen, die für Mitglieder möglichst aller Ethnien Kenias wählbar sein sollte. So entstand „NARC-Kenya“.

ODM-Kenya teilte sich vor den Wahlen des Jahres 2007 noch einmal als keine Einigung über die Person des Präsidentschaftskandidaten gefunden werden konnte, in ODM unter der Führung von Raila Odinga und ODM-Kenya unter Führung von Kalonzo Musyoka.

Im Wahljahr 2007 rief dann Präsident Kibaki wiederum eine neue Wahlallianz unter dem Namen PNU (Party of National Unity) ins Leben, als deren Kandidat er zu den Präsidentschaftswahlen antrat.

Ähnlich wie den früheren verschiedenen Parteiallianzen war auch hier nicht klar, ob PNU nur ein Wahlbündnis, eine eigenständige Partei oder eine Art Parteidachverband sein solle. Die die jeweiligen Bündnisse unterstützenden Parteien haben sich nicht aufgelöst sondern existieren weiter. So entstand bei den Wahlen im Jahr 2007 die Situation, dass auch die Parteien, die die PNU unterstützen, einige eigene Kandidaten für die Parlamentswahlen aufstellten, während andere Mitglieder derselben Parteien unter der Flagge der PNU kandidierten.

Überraschenderweise unterstützte auch KANU den PNU-Block unter Führung von Kibaki und stellte keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten auf. Bei den Wahlen von 2007 standen sich also nicht mehr die ehemalige Einheitspartei und die Opposition der Jahre vor 2002 gegenüber sondern der ehemalige Oppositor und die ehemalige Einheitspartei gemeinsam gegen aus der Regierung ausgeschiedenen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KENIA

ANKE LERCH

LANDESBEAUFTRAGTE DER KAS
FÜR KENIA UND TANSANIA

Okttober 2008

www.kas.de

Raila Odinga und seine Unterstützer, zu denen auch die NARC gehörte, die Oppositions-Wahlallianz aus dem Jahre 2002, die damals Kibaki zum Wahlsieg getragen hatte.

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2007 war und bleibt höchst umstritten. Zum Sieger wurde Mwai Kibaki erklärt. Dieser ging unmittelbar nach den Wahlen eine Koalition mit der ODM-Kenya ein und ernannte deren Vorsitzenden Kalonzo Musyoka zum Vizepräsidenten.

Die Parlamentswahlen, deren Korrektheit im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen nicht ernsthaft angezweifelt wurde, hatten folgendes Ergebnis (ohne die in drei Wahlkreisen erforderlichen Nachwahlen):

ODM- Block = 102 Sitze	ODM	99
	NARC	3
PNU-Block = 78 Sitze	PNU	43
	KANU	14
	NARC-Kenya	4
	Safina	5
	FORD-People	3
	New FORD-K	2
	FORD-Kenya	1
	FORD-Asili	1
	Masingira Party	1
	Democratic Party	2
	Sisi kwa Sisi	2
	ODM-Kenya	16
“Unabhängige”, d.h. keinem der Blöcke zugehörig		11

Die ständig wechselnden Allianzen, Parteibündnisse und Parteispaltungen zeigen überdeutlich, dass für den Zusammenhalt einer Partei, Fragen eines politischen Programms oder einer gesellschaftspolitischen Grundorientierung im Grunde keine Rolle spielen, sondern personelle Fragen und die Frage der ethnischen Zugehörigkeit stärker im Vordergrund stehen. Der Zugang zur Macht und damit zu materiellen Ressourcen ist ebenso wichtig und lässt die Politiker Koalitionen eingehen, die vor dem Hintergrund der Geschichte undenkbar schienen, wie das Bündnis Kibakis mit der ehemaligen Einheitspartei KANU, gegen die er schließlich jahrelang gekämpft hatte. Es ist daher auch kaum möglich eine ideologische Ausrichtung einzelner Parteien festzustellen.

Die Democratic Party ist nach eigener Angabe Mitglied bei UPADD, hat sich dort aber bisher nicht weiter engagiert. Sonstige Mitgliedschaften kenianischer Parteien in internationalen Organisationen sind nicht bekannt.

Partnerparteien, mit denen die KAS zusammenarbeitet

Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterhielt seit der Einführung des Mehrparteiensystems gute Kontakte zur Democratic Party, verstand diese sich doch als wertkonservative Partei. Die Zusammenarbeit konzentrierte sich vor allem auf den Aufbau der Jugendorganisation und des Frauenverbandes der Partei. Auch der Democratic Party gelang es jedoch auf Dauer nicht, ein Profil zu entwickeln, das sie über regionale und ethnische Grenzen hinweg zu einer politischen Kraft machen würde. Nachdem die Partei zunächst der Allianz NAK und später der NARC beitrat, verblasste das eigenständige Parteiprofil noch mehr und auch die Democratic Party wurde mehr mit der Ethnie ihrer Führungs-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KENIA

ANKE LERCH

LANDESBEAUFTRAGTE DER KAS
FÜR KENIA UND TANSANIA

Oktober 2008

www.kas.de

persönlichkeiten identifiziert als mit einer politischen Aussage.

Eine intensivere Zusammenarbeit wurde dann nach ihrer Gründung mit der Partei NARC-Kenya begonnen, in die Teile der DP integriert waren. In zahlreichen Workshops und Diskussionsveranstaltungen wurde die Partei bei der Ausarbeitung der Satzung und des politischen Programms beraten, ebenso wie beim Aufbau der Parteistrukturen.

NARC-Kenya entwickelte sich zunächst tatsächlich zu einer bedeutenden politischen Kraft. Aber auch sie hatte Schwierigkeiten ihre eigene Identität zu wahren, als der damalige und jetzige Präsident sich ein halbes Jahr vor den Wahlen des Jahres 2007 entschloss weder für seine „Stammpartei“ Democratic Party zu kandidieren noch für die NARC-Kenya, der er zugerechnet wurde. Stattdessen rief er eine neue Partei ins Leben die PNU (Party of National Unity), und forderte Democratic Party und NARC-Kenya auf, ihn und diese neue Partei zu unterstützen. Teile der NARC-Kenya wechselten zur PNU und NARC-Kenya blieb im Wahlkampf kaum Raum ein eigenes Profil neben PNU zu zeigen, da auch sie Präsident Kibakis Wiederwahl unterstützen wollte. Dies zeigte sich dann auch deutlich bei den Parlamentswahlen, bei denen NARC-Kenya nur noch 4 Parlamentssitze erringen konnte.

Inzwischen steht die Forderung Kibakis und der PNU im Raum, dass alle Parteien, die dem PNU-Block angehören, sich auflösen und völlig der PNU anschließen sollten. Dies würde auch die ehemalige Einheitspartei KANU einschließen. Während einige Parteiführer, so auch der Vorsitzende der KANU, Uhuru Kenyatta, dem offenbar nicht abgeneigt sind, gibt es in der NARC-Kenya erheblichen Widerstand dagegen, vor allem von der derzeitigen Vorsitzenden

und Justizministerin im Kabinett Kibaki, Martha Karua. Dabei spielen Überlegungen, unter welcher Parteiflagge die jeweiligen Führungspersonalkeiten für sich selber die besten Chancen für ein hohes Staatsamt ausrechnen, eine erhebliche Rolle.

NARC-Kenya steht also vor der Herausforderung, sich als Partei erneut zu konsolidieren. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird diesen Prozess beratend begleiten.

Problematisch in der Zusammenarbeit mit politischen Parteien in Kenia ist die Tatsache, das die Parteien weitgehend von ihren Führungspersonalkeiten bestimmt werden. Entscheidet dieser, eine neue Allianz mit einem bisherigen politischen Gegner einzugehen, findet darüber kaum eine innerparteiliche Diskussion statt. Auch die jeweiligen Parteiprogramme, die nach langen Diskussionen zustande gekommen sind, spielen bei solchen Entscheidungen keine Rolle. Taktische Überlegungen, welches (ethnische) Wählerlager durch eine solche Allianz evtl. gewonnen werden kann, stehen im Vordergrund.

Parteien sind nach wie vor als Wahlvereine für bestimmte Persönlichkeiten zu charakterisieren. Die Identifikation mit politischen Wertvorstellungen oder Parteiprogrammen ist auch bei den Mitgliedern gering, ebenso wie die Bindung an eine Partei. Es ist nicht ungewöhnlich gleichzeitig Mitglied mehrerer Parteien zu sein, oder die Partei zu wechseln, wenn z.B. die angestrebte Nominierung als Kandidat für die Parlamentswahlen bei der Partei der ersten Wahl nicht gelingt.

Die Parteistrukturen unterhalb der obersten Führungsebene sind verschwommen und nicht klar definiert. Lokale Vereinigungen auf kommunaler

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ler oder regionaler Ebene existieren kaum.

KENIA

ANKE LERCH

LANDESBEAUFTRAGTE DER KAS
FÜR KENIA UND TANSANIA

Sollte das neue Parteiengesetz konsequent angewendet werden, werden die Parteien allerdings in dieser Hinsicht stärkere Anstrengungen unternehmen müssen, wenn sie ihre Registrierung nicht aufs Spiel setzen wollen, da das Gesetz Strukturen in allen Landesteilen und ein gewisses Maß an innerparteilicher Demokratie verlangt.

Oktober 2008

www.kas.de